

Annoncen  
Annahme-Büroaus:  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Ausnahme 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitstrasse 14.  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streissand,  
in Breslau bei Emil Habich.

Nr. 914.

# Posener Zeitung.

Achtundsechziger Jahrgang.

Donnerstag, 30. Dezember  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechzehntelte Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendenk“

1875.

## Erscheinen der Zeitung.

Am Neujahrstage erscheint keine Zeitung, weil die Ausgabestellen geschlossen sind. Unsere letzte Kryptonummer vor dem Feste erscheint Freitag Abend um 7 Uhr und ist sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Inserate für diese Nummer werden bis 2 Uhr Nachmittags angenommen. Die kleine Abendausgabe fällt am Freitag weg. Die nächste Nummer nach dem Feste erscheint Montag den 3. Januar Mittags.

## Amtliches.

Berlin, 29. Dezember. Der Kaiser und König hat den Generalpostdirektor Dr. Stephan zum General-Postmeister, den Geh. Ober-Rath Wiede zum Direktor des General-Postrams, und den Geh. Ober-Rath Budde zum Direktor des General-Telegraphen-Amts ernannt.

Der König hat den Kreisger.-Rath Kersting in Kassel zum Amtsgerichtsrat in Frankfurt a. M. ernannt, den Kataster-Inspektor von Pawlikowski zu Stralsund, Berent zu Stettin und Bunner zu Erfurt den Charakter als Steuer-Rath, den Kataster-Kontrolleuren, Steuer-Inspektoren Jackel zu Fulda, Schünemann zu Stolp, Werner zu Braunschweig und dem Kataster-Sekretär, Steuer-Inspektor Wagner zu Biesbaden den Charakter als Rechnungs-Rath, dem Bronzezaaren-Fabrikanten Carl Schöffer zu Potsdam; und den Kaufleuten Eduard, Michael Leopold, Siegfried und Philipp Goldschmidt zu Breslau in ihrer Eigenschaft als Inhaber der dafelbst unter der Firma „Franz Tellmann“ bestehenden Seife- und Seifenfabrik, das Prädikat als R. Hoffleiterantien verliehen.

Der Privatdozent T. Ferdinand Baum stark in Greifswald ist zum Dozenten Prof. in der phil. Fakultät der dortigen Universität zum Gymnasial-Oberlehrer Dr. Julius Götsch in Schwedt, und dem Gymnasial-Oberlehrer Heinrich Eichner in Gleiwitz, das Prädikat „Professur“ beigelegt, bei dem Schullehrer-Seminar zu Petersberg in Oberschlesien, der früher am Schullehrer-Seminar zu Petersberg am prov. beschäftigte Lehrer Strebel zum ord. Seminarlehrer ernannt, der Elementarlehrer Brückner, zuletzt in Trachenberg, mit der prov. Verwaltung einer Seminar-Lehrerstelle beauftragt und der Elementarlehrer Carl Müller aus Friedland O.-S. als Hülflehrer angestellt worden.

Der Kreisger.-Rath Born in Schmiedeberg ist von der Funktion bei der Ger.-Kom. dafelbst entbunden und dem Kollegium des Kreisger. in Hirschberg zugeordnet, der Kreisrichter Wallmüller in Schwedt a. O. als Stadtrichter an das Stadtgericht in Berlin versetzt, der Ger.-Ass. Rächer zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Lützen, und der Ger.-Ass. Müller zum Staatsanwaltsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisger. in Oetelsburg ernannt.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 29. Dezember. In Folge des Antrags auf Herstellung größerer Einigung in der deutschen Orthographie, welche von der 1873 in Dresden von Delegirten der deutschen Schulverwaltungen gehaltenen Konferenz ausgegangen ist, war Seitens der deutschen Bundesregierungen der Professor Rudolph von Naumer in Erlangen eracht worden, eine Schrift über diesen Gegenstand auszuarbeiten, welche einer anderweitigen Beratung als Vorlage dienen sollte. Nachdem Professor von Naumer dieser Aufforderung entsprochen hat, wird die von ihm verfaßte Schrift einer hier selbst stattfindenden am 4. Januar 1. S. beginnenden Konferenz zur Beratung vorgelegt werden, in welcher der königl. preußische Unterrichtsminister Dr. Falck im Einvernehmen mit den deutschen Bundesregierungen folgende Männer eingeladen hat: Professor von Naumer in Erlangen, Professor Willmann in Greifswald, Professor Scherer in Straßburg, Professor Geheimer Hofrat Bartisch in Heidelberg, Professor Hildebrand in Leipzig, Provinzial-Schulrat Klir, Gymnasial-Direktor Kuhn und Professor Dr. Imelmann in Berlin, Provinzial-Schulrat Höpfner in Koblenz, Dr. Frommann, zweiter Vorstand des germanischen Museums in Nürnberg, Gymnasialdirektor Düden in Schlesien, Dr. Kratz, Professor am Gymnasium in Stuttgart, Daniel Sauer in Alt-Strelitz, Dr. Töche in Berlin (in Firma: Mittler und Sohn) als Delegirter des deutschen Buchhändler-Verbandes, und Bertram in Halle (in Firma: Waisenhaus-Buchhandlung) als Delegirter des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Die Ergebnisse dieser Konferenz werden den deutschen Bundesregierungen zu ihrer Beschlussfassung mitgetheilt werden. — Behufs Erledigung mehrfacher Zweifel, die hinsichtlich des Verfahrens bei Berufung der bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatz-Kommissionen vorgekommen sind, hat der Minister des Innern nachstehende Grundsätze aufgestellt: Gemäß § 69 N. 3 der Ersatzordnung vom 28. September 1875 fungiert für jeden Infanterie-Brigade-Bezirk in der Regel nur ein bürgerliches Mitglied. Diese Regel gilt, da sie nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 69 b. c. für sämtliche in einem und demselben Brigadebezirk liegende Gebietsteile eines Bundesstaats Anwendung zu finden hat — auch für diejenigen Brigadebezirke, welche aus

Kreisen verschiedener preußischer Provinzen zusammengelegt sind und es ist also unzulässig, für solche Brigade mehrere bürgerliche Mitglieder der betreffenden Ober-Ersatzkommissionen zu bestellen. Denn eine verhältnismäßig gleiche Beteiligung der bei dem Brigadebezirk konkurrierenden Provinzen herbeizuführen, wird durch die Provinzialvertretungen für die in Rede stehende Wahl des bürgerlichen Mitgliedes resp. des Stellvertreters ein Turnus zu vereinbaren sein, bei welchem die Zahl der in jeder Provinz beteiligten Kreise maßgebend ist. Es empfiehlt sich, die erste Wahl in derjenigen Provinz vorzunehmen, welche mit der größeren Zahl von Kreisen beteiligt ist. Die bürgerlichen Mitglieder der Ober-Ersatzkommissionen und ihre Stellvertreter werden gemäß § 2 Nr. 6 der Ersatz-Instruction auf 3 Jahre gewählt. Die erforderlichen Wahlen sind in den Provinzen, wo gegenwärtig die Abhaltung von Provinzial-Landtagen bevorsteht, sofort und sfernbar, wenn Neuwahlen nötig werden, ohne weitere Anordnung des Ministers des Innern einzuleiten.

Das Projekt des Anlaufs der Eisenbahnen für das Reich soll zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht werden. Auch in Bezug auf die orientalische Frage ist in parlamentarischen Kreisen eine Interpellation in Anregung gebracht worden, um Aufklärungen über den Stand derselben zu erhalten. Es scheint indeß sehr fraglich, ob der Reichskanzler den Gefallen thun wird, eine Exkursion auf das bekanntlich sehr heile Gebiet der auswärtigen Politik zu unternehmen.

— Neben die Reichsbauten bringt die Mat.-Btg. folgenden orientirenden Artikel:

Nachdem der Reichstag die Mittel bewilligt, sind alle in Angriff genommenen Projekte zur Ausführung gebracht, bzw. in derselben erheblich gefördert worden. Zunächst ist das palastartige Gebäude für das Auswärtige Amt in Berlin seiner Vollendung nahe. Dasselbe, nach den Plänen des Regierungsraths Neumann unter Leitung des Baumeisters Woopenstein erbaut, wird am 1. März 1876 seiner Bestimmung übergeben. Das Geschäftshaus des nationalen Amtes in Berlin, welches seit dem Herbst unter Dach, soll am 1. September 1. J. begangen werden. Die Mittel zum Ankauf des angrenzenden großen Terrains sind bewilligt und ermöglichen es, die voraussichtlich bald erforderliche Erweiterung bewirken zu können. Im zweiten Stock befindet sich die Wohnung für den Direktor. — Ferner wird nunmehr der Ausbau des Palais Radziwill mit allen Kräften gefördert werden. Das Gebäude wird hauptsächlich neben den Büros für Reichsbehörden die Wohnung für den Reichskanzler enthalten und in derselben jene großartigen Repräsentationsräume schaffen, an denen es bisher gefehlt hat. Besonders werden vor in der Mitte des Gebäudes liegenden Saal mit den daran grenzenden Empfangsalons und die in dem linken Flügel projektierte Haupttreppenanlage eine glänzende Wirkung bieten. Der Park wird nach den Plänen des Thiergarten-Direktors Heide im künftigen Jahre völlig umgestaltet. Das Gebäude in welchem Fürst Bismarck jetzt wohnt, soll demnächst abgetragen und an seine Stelle ein umfangreiches Gebäude für Reichsverteidigung aufgeführt werden. An der äußeren Fassade des Radziwill'schen Palais wird nichts geändert und namentlich die Cour-d'honneur vollständig erhalten. Das Ganze soll im Herbst künftigen Jahres seiner Bestimmung übergeben werden. — Für das Post- und Telegraphenamt in Wien ist bisher nur das Terrain und zwar in den sogenannten Metternichgrundwerken erworben. Die Pläne sind bereits genehmigt. Der Bau wird im nächsten Frühjahr beginnen und soll eine Zierde der ohnehin vornehm und durch seine Paläste glänzenden Stadtgegend werden. Es ist in großartigen Verhältnissen in Stil der Renaissance mit Säulen-Bortiken und reichem Skulpturen-Schmuck entworfen. Besonders interessant wird der, der Gesamtanlage entsprechend, projektierte Hof, des Gebäudes auszuführen. Dasselbe soll auch bekanntlich zum Abstiegsgärtner deutscher Fürsten bei etwaigen Besuchen des österreichischen Kaiserhofes dienen. Die Bauzeit ist bis zum Herbst 1877 bemessen. — Endlich kommen hinzu die baulichen Anlagen auf dem deutschen Platzthum in Rom, deren Ausführung durch die Umwandlung der deutschen Gesandtschaft in eine Botschaft an Opulenz gewinnen dürfte. Es bezieht sich dies namentlich auf die Dekoration des großen Saales im Palast Cafarelli, der bisher unbenuzt, später bei großen Festlichkeiten als Tanzsaal verwendet werden soll. Ferner werden durch Abruch der bisherigen Stall- und Remisegebäude Platzregulirungen vorgenommen und außerdem Gartenanlagen in der Nähe des archäologischen Instituts in Angriff genommen. Hierzu gehören dann auch noch die Bauten des deutschen Krankenhauses in Konstantinopol.

— Die „Bos. Btg.“ berichtet und ergänzt die Mittheilungen der „Köl. Btg.“ über die früheren Generalpostmeister wie folgt:

Die Angabe, daß der Generalpostmeister in Preußen früher den Rang eines Staatsministers gehabt, ist tatsächlich unrichtig, wogegen es richtig ist, daß früher bis vor etwa 70 Jahren Minister zugleich Generalpostmeister waren, wie ja auch der Reichskanzler Fürst Hardenberg Chef der Postverwaltung, in welcher Eigenschaft ihm Nagler, als Leiter der Post, unterstanden war, gerade so wie der bisherige Generalpostdirektor dem Reichskanzler, da das Generalpostamt nur eine Abteilung des Reichskanzler-Amtes gebildet hat. Dagegen war der nach dem Anfang dieses Jahrhunderts thätige Generalpostmeister Segebarth (erst später geadelt) längere Zeit in diesem Amt, um das er wesentliche Verdienste hatte, ehe er den Titel Excellenz erhielt. Auch der (gleichfalls geadelte) Nagler, Segebarths Nachfolger, wurde erst nach einer Zeit mit dem Excellenztitel bedacht, und obwohl er gleichzeitig Bundestags-Gefandter war, wurde er doch erst 1836 zum Staatsminister ernannt, nachdem er schon 13 Jahre Generalpostmeister gewesen war. Auch sein Nachfolger, bis dahin Oberpräsident der Rheinprovinz, hatte bekanntlich nicht den Excellenztitel, also nur den Rang eines Raths erster Klasse, welchen dann auch der Generalpostdirektor gleich ähnlichen Würdenträgern bekleidete. Gleichzeitig mit Schapers Ernennung zum Generalpostmeister (1846) erfolgte die des Geh. Oberpostraths Schmidkert (gest. 1862) zum General-Postdirektor. Schmidkerts Nachfolger war Richard von Philippssorn (bis Mai 1870) und diesem folgte der jetzige Generalpostmeister des deutschen Reichs, Dr. Heinrich Stephan.

— Wenn die „deutsche Schulzeitung“ recht berichtet ist, so sind in dem Staatshaushaltsetat für das nächste Jahr die Gehälter der Seminarlehrer wesentlich erhöht worden. In Folge dessen ist auch die Kategorie der Seminar-Hilfslehrer ausgeschieden worden. Die-

selben sollen künftig für sich rangieren, definitiv angestellt werden und bis zu 440 Thlr. Gehalt kommen können. Machen dieselben das Examen für Mittelschulen und bewähren sich, dann rücken sie in ordentliche Seminarlehrerstellen ein.

— Der „R. Ans.“ Nr. 306 publiziert die Verordnung, betreffend die Anstellung der Beamten und die Zuständigkeit zur Ausführung des Gesetzes vom 31. März 1873 bei der Verwaltung der Reichsbank vom 19. Dezember 1875, die Verordnung, betreffend die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens vom 22. Dezember 1875, die Verordnung, betreffend die Pensionen und Kauktionen der Reichsbankbeamten vom 23. Dezember 1875.

München, 27. Dezember. Gelegentlich der Luz. Seneschal'schen Affaire erinnert die bairische Presse daran, daß derselbe Bischof Seneschal von Regensburg vor Jahren in Schwandorf eine Rede hielt, in der er sagte: „Wenn der König (von Bayern) nicht ein König von Gottes Gnaden (d. h. der Priesterschaft unterthan) sein will, dann bin ich (der Bischof) der Erste, welcher auf die Barrikade steigt, um das Königthum zu stürzen“; daß auch damals der Bischof, als die Zeitungen seine Rede brachten, dieselbe rundweg ableugnete, die oben mitgetheilten Worte aber durch zahlreiche eindrückliche Zeugenaussagen vor Gericht bewiesen worden sind.

Wien, 27. Dezember. Von besonderem Interesse ist eine Aufführung der hiesigen offiziösen „Montags-Revue“, mit der letztere dem vielgenannten Sensationsartikel der Berliner „Prov. Kor.“ über Ritter von Schmerling begegnet. Wir lesen da u. A. Folgendes:

Die Grundempfindung, aus welcher diese fast einmütighe Haltung der österreichischen Väter hervorging, war unfehlbar eine patriotische Erbsinn ibnen einmal die Ausführung des ministeriellen preußischen Organs als eine sachlich ungerechtfertigte und formell unstaatliche Rütt der österreichischen Verhältnisse, so durften sie mit ihrer Einsprache nicht zurückhalten, denn die Voraussetzung unserer Beziehungen zu Deutschland ist allerdings die volle Parität. Je wärmer und inniger diese Beziehungen sich gestaltet haben, um so mehr muß auch der Anschein vermieden werden, als beruhete das Verhältnis nicht auf völlig freier Entscheidung der beiden Staaten und ihrer Souveräne, nicht auf der richtigen und vorurtheilslosen Erkenntnis ihrer beiderseitigen Interessen. Sicherlich sind nicht viel Worte zu verlieren an eine übrigens herzlich unschädliche politische Opposition, die in jedem Schritte des wien. Kabinetts zur Befestigung des Einvernehmens mit Deutschland einen Art demütigender Selbstdeniedrigung, in jedem politischen Vorgehen Deutschlands einen neuen Versuch der Bedrohung des Österreichs zu erblicken vorgiebt; allein, wenn sich gerade die Gelegenheit ergiebt, diesen häufig genug sich mit den Attributum wahrer Loyalität und unverfälschten Österreicherbürgschaften vorstellenden entgegenzutreten und klaren Tisch zwischen uns und Deutschland zu machen, so liegt das vielleicht im deutschen Interesse minder nicht als im österreichischen.“

Nach der Bekämpfung der Ansicht der „Prov.-Corresp.“, daß Schmerling bei dem Concordia-Feste eine politische Programmsrede gehalten, schließt endlich das Blatt wie folgt:

Es ist eine durchaus staatsmännische Auffassung, wenn das preußische Blatt die Bürgschaften eines innigen Zusammengehens Österreichs mit Deutschland durch seine Verfassungsreform der Monarchie in einer Weise gewährleistet sieht als durch die dualistische. Ja der That vermöchte weder die zentralistische Zusammenstellung der Reichseinheit, noch die föderalistische Lockerung derselben die Bedingungen dieser politischen Verbindung gleich häufig zu entwirken und gleich unverfänglich zu erhalten. Das zentralistische Österreich müßte notwendig durch seine Tendenzen, das föderalistische durch die Machtentzugs, die es erfahren, den Werth jener Allianz abschwächen. Wie man immer die Frage vom Standpunkte unserer inneren Verhältnisse beurtheilen mag, vom deutschen Standpunkte aus betrachtet, wäre Österreich mit dem Zentralismus ein weniger verlässlicher, Österreich mit der Föderation ein weniger mächtiger Bundesgenosse als Österreich-Ungarn mit dem Dualismus. Diese Erwägung kann für Dynastie und Volk selbstverständlich nicht entscheidend sein in den Fragen der inneren Organisation des Gesamtstaates, aber es ist ein Moment von unfehlbarer Bedeutung, insfern es unsere auswärtigen Interessen mit den wohlverstandenen Interessen unserer inneren Entwicklung identifizirt. Und auch darin scheint uns die „Provinzial-Correspondenz“ auf völlig richtigem Boden zu stehen, daß sie hervorhebt, wie enge die Verbindung der Drei-Kaiser-Mächte mit dem Wohlwollen ihrer Völker, mit der Pflege wahrhaft freundlicher und sympathieveroller Gefühle verknüpft ist. Denn allerdings bauen sich auf der Basis dieser Gefühle die positiven Staatsinteressen auf, erstere sind die natürlichen Grundlagen der konkreten Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen. Und eben deshalb glauben wir die „Provinzial-Correspondenz“ bezüglich der Beziehungen beruhigen zu dürfen, als könnte hier ein Wechsel der Verhältnisse auch einen Wechsel des Systems herbeiführen. Wir verzeichnen nicht ohne lebhaftes Verständigung den Ausdruck des Vertrauens, welches das ministerielle Blatt den gegenwärtigen leitenden Staatsmännern der Monarchie entgegenbringt. Daß dies Vertrauen eines mächtigen und uns immer näher trenden Aliierten kein werthloses ist, versteht sich ganz von selbst. Aber die „Provinzial-Correspondenz“ darf auf die Monarchie ausdehnen, was sie von ihren politischen Vertretern in diesem Augenblicke gesagt hat. Nicht Graf Andrássy allein, sondern die Monarchie, Souverän und Volk, haben jene Politik akzeptirt, die sich aus den gegebenen Verhältnissen heraus als die allein richtige dargestellt, die zur Erhaltung des europäischen Friedens in so unverkennbare Weise beigetragen, Deutschland eine so loyale Bundesgenossenschaft zugesichert, unsere beiderseitigen Interessen so sehr gefördert hat. Die Realpolitik der gebundenen Marschroute ist keine persönliche Politik des jetzigen Ministers des Außenw., sie ist die Politik der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Pest, 27. Dezember. Ein hiesiger Publizist, Herr Grünwald, hat in einer Brochure den Beweis angeliefert, daß in dem Boden der ungarischen Municipal-Verwaltung keine Garantien für die persönliche Freiheit gegeben sind. Grünwald will daher die Municipal-Verwaltung in die unbedingteste Abhängigkeit von der Staatsgewalt bringen. Andere Publizisten erklären die von Grünwald hergehobenen Nebelstände für zufällige, welche durch Herstellung der richtigen Grenzen zwischen dem staatlichen und dem municipalen Gebiet beseitigt werden können, ohne deshalb die municipalen Freiheiten zu

vernichten. Gegen diese Anfechtung rüst Herr Grünewald den Professor Gneist zu Hilfe, der darauf in einem im "Pester Lloyd" mitgetheilten Schreiben an Herrn Grünewald folgendes Batum abgibt:

Hochgeehrter Herr! Sie haben mich durch Ihre glütige Briefe ebenso hoch geehrt wie erfreut, und wenn ich auch den Text der ungarischen Schrift nicht zu lesen vermöge, so sehe ich doch aus Ihrer geehrten Botschaft und aus dem Zeitungs-Artikel, daß es sich um die alte Frage handelt: ob Autonomie oder Selbstverwaltung. Die tadellose Auffassung dieser Fragen verzögert natürlich nichts, daß alle Staatsabhängigkeit in allen Händen der Regierungsgewalt und alle Gültigkeit des Gesetzes in Dorf und Haus hineinreicht, und Folgeleistung, sowie Verantwortlichkeit für die Folgeleistung fordert. Der Staat muss daher aufstehen, wenn man die wesentlichen Glieder der Verwaltung in bloß gewählte Körperchaften auflöst. Da aber der Staat nicht aufstehen kann, so entsteht unter irgendwelchen Namen eine Präfektur, Unterpräfektur und Distriktskurator, welche den Staat mit Komitat und Gemeinde wieder verbinden muß. Man schlägt dann über die allmächtige Bureaucratie, ohne sich jemals Rechenschaft zu geben, daß die bloß gewählten unverantwortlichen Organe der Kommunal-Verwaltung diese Bureaucratie nachhaltiger erzeugen, als es jemals der Absolutismus vermögen hat. Bestätigt sich dies durch die französische Verwaltung und alle Nachbildung in neuerer Zeit, so ergibt ebenso unzweckmäßig die Erfahrung der Jahrhunderte, daß keine Art der Rechtsprechung, also auch die Verwaltungs-Jurisdicition, auf bloße Wahlen aufgebaut werden kann. Die Karolingerische Gerichtsverfassung, auf welcher seit 1000 Jahren der Grundstock der mitteleuropäischen Kulturstaten beruht, kennt ebenso seit 1000 Jahren keine anderen rechtsprechenden Organe als solche, die aus Ernenntung hervorgehen. Unsere Politiker sollten doch einen ersten Versuch machen, irgend ein rechtsprechendes Organ aus Wahlen zu ermitteln, welches sich in der europäischen Welt irgendwo als lebensfähig beweisen hätte. . . . Es ist der gesellschaftlichen Betrachtungswise kaum jemals zum Verständnis zu bringen, daß man den Staat nicht in lauter Wahlen verflößen kann, sondern daß die verantwortlichen Organe des Staates willens ernannt, beziehungsweise bestätigt werden müssen, und daß die Justiz- und Verwaltungs-Rechtsprechung durch die vom Staat bestellten Organe das notwendige Gegengewicht bilden, durch welches die lokalen Röhrperschaften als Glieder des Ganzen in gesetzemäßigen Schranken und ihrer gelegtmäßigen Thätigkeit gehalten werden. Es ist die Pflicht der Regierungsgesetze, vor Allem der konstitutionellen Minister, diese Grundsätze mit vollster Energie zu vertreten; denn sie können unter anderen Bedingungen die verantwortlichen Staatsregierung nicht führen. . . . Der freie Staat bedarf dieser Elemente der Autorität und der Folgeleistung noch dringender als der absolute. . . .

Gneist.

Paris, 26. Dezember. Die hiesigen katholischen Bevölkerungen veröffentlichen die komische Rede, welche der Papst gestern bei dem Empfang des Kardinalskollegiums gehalten. Zur Kennzeichnung der oratorischen Leistung genügt folgendes Próbchen daraus:

Wenn ich mich nicht täusche, so ist das Kaiserreich eines anderen Nero zurückgekehrt, welcher sich in einem anderen Gewande präsentiert. An einem Orte sitzt er mit der Lyra in der Hand, oder mit lärmhaften und betrügerischen Worten; er stellt sich, als ob er auf Nichts um sich achte, insofern aber verwüstet und zertrümmt er. An anderen Orten erscheint er mit dem Eisen in der Hand, und wenn er nicht die Straßen mit Blut bespukt, so füllt er doch die Kerker, vervielfältigt die Verbannungen, brandschatzt, und während er brandschatzt, flieht er und usurpiert mit Gewalt fremde Rechte. Mit der Lyra in der Hand wirkt in dem großen römischen Amphitheater das Brüder der Erlösung zertreten, und jener Sand, der schon das Blut der Märtyrer eingeflossen, ist nun beschmutzt mit stinkenden Gewässern, Symbolen der Gewissen jener, welche Theil haben und vertheidigen eine solche Schändlichkeit."

Paris, 27. Dezember. Heute wurden die Leichen der am 18. März 1871 beim Ausbruch des pariser Aufstandes in der Rue Rosier (Montmartre) erschossenen Generale Lecomte und Clement Thomas auf dem Platz der Chaise, wo nach einem Beschluß der Nationalversammlung eine gemeinschaftliche Gruft für diese beiden ersten Opfer dieser blutigsten pariser Empörung hergerichtet worden war, aufs feierlichste beigesetzt.

Die beiden Leichen ruhten bis jetzt auf dem schon seit längerer Zeit geschlossenen kleinen Kirchhof Saint Vincent in Montmartre. Die Särge wurden dort gestern im Beisein einer Kommission ausgegraben, nach der Kirche des Hotels der Invaliden gebracht und in einer der dortigen Kapellen aufgestellt. Die Nacht über wachten dort drei Invaliden und die Verwandten der Verstorbenen. Eine große Menschenmenge hatte sich schon vor 9 Uhr des Morgens auf dem freien Platz vor den Invaliden eingefunden. Sie mußte aber schnell den Platz räumen, da nicht allein dieser, sondern auch die zu demselben fahrenden Straßen abgepumpt wurden. Um 9 Uhr rückten die zur Feier kommandirten Truppen, ungefähr 15.000 Mann (alle Waffengattungen waren vertreten), heran und stellten sich auf dem Platz und den Quais an der Seine auf. Der große Eingang der Invaliden war mit schwarzem Tuch ausgezogen, auf dem auf der einen Seite ein L (Lecomte), auf der anderen ein C. T. (Clement Thomas) angebracht war. Alle Staatsbehörden und die Mitglieder der Nationalversammlung waren zu der Totenfeier geladen worden. Die Geistliche und andere Röhrperschaften kamen zu Wagen, die von Kavallerie eskortiert waren, wie dies bei großen Feierlichkeiten Mode ist. Ein Theil der Deputirten fand sich zu Fuß ein. Schlag 10 Uhr traf der Kardinal-Erzbischof von Paris mit seiner Geistlichkeit im Hotel der Invaliden ein. Am Eingange desselben wurde er von der Pfarrgeistlichkeit empfangen und nach der Kirche geleitet. Die Kirche war schwarz ausgeschlagen und mit Fahnen geschmückt. Die beiden Särge waren in der Mitte der Kirche aufgestellt. Der Gottesdienst dauerte fast 2 Stunden. Die beiden Särge wurden von den Invaliden und den Soldatenkindern bis an den Ausgang der Invaliden geleitet. Der Zug setzte sich dann in Bewegung. An der Spitze desselben ritten Kavallerie und pariser Stadtsoldaten. Ihnen folgten die beiden Leichenvagen. Sie wurden von vier Pferden gezogen, die Reitknechte am Bügel führten. Dann kamen die Leidtragenden, an deren Spalte sich der Plastikmandant von Paris, General Gélin, und die Verwandten der Verstorbenen, darunter der Bruder von Clement Thomas und der Sohn von Lecomte, befanden. 18 Trauerautos und 40 Equipagen folgten, und dann die übrigen Truppen, Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Genie und der Train. Überall eine ungeheure Volksmenge, darunter viele Blaufärbler. Aber nirgends auch nur die geringste Kundgebung. Die Polizei war von dem Boulevard bis zum Kirchhof von Polizeidern in Masse vertreten. Besonders groß waren die Vorwärtsmaßregeln am Kirchhof. Dort befanden sich an tausend Polizisten mit mehreren Polizei-Kommissarien und zehn Offiziers de paix. Auf dem Kirchhof selbst wurden nur die Leidtragenden zugelassen. Alle Zugänge, die nach dem Grab führen (es befindet sich in der ersten Allee), waren mit Soldaten besetzt. Doch blieb alles ruhig.

Beim Eingang der Allee, welche zu dem Grab führt, wurde die Leiche von dem Wagen herabgenommen und nach der Gruft getragen. Die Leidtragenden, ungefähr 150 folgten. Das Grab ist ziemlich einfach. Auf der Spitze desselben befindet sich die Statue Frankreichs mit ausgebreiteten Armen und in einer jeden ihrer Hände einen Lorbeerzweig haltend. Die Feier am Grab war sehr einfach. Keine Rede wurde gehalten. Nachdem die beiden Särge in die Gruft getragen waren und der Priester den Segen gesprochen, jogten die Leidtragenden vorüber, welche alle geweihtes Wasser auf das Grab sprühen. Der erste war General Gélin, ihm folgten die Verwandten und die übrigen Personen, die bis zum Kirchhof gekommen waren. Um 2 Uhr war alles beendet. Auch nach der Totenfeier fand nirgends eine Kundgebung statt.

Konstantinopel, 24. Dezember. Gelegentlich der Mitteilung des Reform-Trade an die europäischen Kabinette hat der türkische Minister des Auswärtigen eine Birkulardepeche an die

Vertreter der Porte, datirt vom 16. d. M., gerichtet, die als Einleitung zu dem großbürgerlichen Reform bezeichnet werden darf. Hiesige Blätter sind in der Lage, noch folgende Analyse dieses Schriftstückes mitzutheilen:

Die Birkulardepeche Raschid Pascha's an die Vertreter der Porte bei den europäischen Kabinetten ist ein lichtvoller Kommentar zu dem jüngsten Reformprojekte des Sultans. Die Birkulardepeche beginnt gleich mit der 3. Stützreform und sagt: "Das Prinzip, welches unserer allgemeinen Zustüdzfassung zu Grunde lag und nach welchem jedes unserer Gerichte zusammengelegt ist, wurde schon vor mehreren Jahren (1867) in der Türkei dekretirt und durchgeführt. (Gesetz für die Verwaltung und Gerichtsordnung der Vilajets). Das Obergericht, welches den Kassations- und Appellhof in sich vereinigte und zu dessen Jurisdicition die Gerichte erster Instanz gehören, funktionirte unter der Herrschaft von Gesetzen, welche den Sitten des Landes und den Ansprüchen der Zeit entsprachen. Neben diesen Gerichten bestanden die Chori-Gerichte, welche mit Ausnahme der Klassifizierung denselben Wirkungskreis hatten, sich aber in einigen wichtigen Punkten, namentlich rücksichtlich der legalen Bestimmungen und des Verfahrens von den anderen Gerichten unterschieden. Es mußte also angesichts der Zustüdzfassung und der Widersprüche, die sich aus der republikanischen Kompetenz und der verschiedenartigen Projeckion der Chori- und Niżamie-Gerichte ergaben, die Kompetenz jedes dieser Gerichte genau definiert werden, damit so viel als möglich die Gleichmäßigkeit der Jurisprudenz, die Regelmäßigkeit des Prozeßverfahrens beibehalten bleibe und die naturgemäße Uebergabe des Staatsgewalt geübt werden. Zu diesem Zwecke verfügt der kaiserliche Trade, daß das Ober-Gericht aufhört, dem Justiz-Ministerium subordinirt zu sein; daß die Richter unabsehbar sein sollen; daß die Handelsgerichte, welche bisher dem Handelsministerium unterstanden, nun zur Jurisdicition des Obergerichtes gehören; daß die Nizamie-Präsidenten der Appellationsgerichte in den Hauptstädten der Provinzen zu jein haben, damit die Urtheile der Chori-Gerichte von ihnen geprüft werden und damit sie in ihrer Eigenschaft als Präsidenten des Nizamies in letzter Instanz in allen zivilpolizeilichen und kriminellen Angelegenheiten entscheiden. Der kaiserliche Reform überträgt dem Obergericht und allen von ihm restituirten Gerichten die Prozeß zwischen muslimischen und christlichen Untertanen und anderen Gemeinden oder zwischen diesen und den Christen oder auch zwischen Christen und nichtmuslimischen Gemeinden selbst. Nur die Prozeß zwischen muslimischen Untertanen bleiben den Chori-Gerichten vorbehalten. Zur leichteren Durchführung einer so radikalen Neuerung werden die verschiedenen Gesetze im Interesse einer gleich und regelmäßigen Procedur festgesetzt werden." Die Birkulardepeche führt zu, daß der Sultan, um seinen getreuen Untertanen bei Allem, was die Wahrung ihrer Interessen, ihres Besitzes, ihres Gütes betrifft, den größtmöglichen Anteil zu gewähren, sie mit dem Rechte ausstattet, die Mitglieder der Gerichte sowohl als die der Provinzialräthe selbst zu wählen, so daß sie alle Bürgerhaften der Verwaltung der Gerechtigkeit, der Ordnung, dem Patriotismus und der Hingebung ihrer frei und ohne irgend eine Einmischung der Regierung geduldigen Vertreter anvertraut seien." Die Zusammensetzung der Provinzialräthe und Gerichte durch die Wahl nach dem Grundsatz locus regit actum bezeichnet die Birkulardepeche als den eigenständigen Beweggrund dieser Maßregel, und sie stellt zugleich den Erlass der bezüglichen Ausführungsgezüge in Aussicht.

Die Birkulardepeche Raschid Pascha's geht nun auf jene Bestimmungen des Trade über, welche sich auf die Steuerreform beziehen. Die Verhinderungsfähigkeit der Steuern habe täglich Verwicklungen und Schwierigkeiten bezüglich der Reparatur und Erhebung dieser Steuern zur Folge. Ursprünglich war das Steuerregime viel einfacher. Den Gewohnheiten dieser primitiven, meist von der Bodenkultur lebenden Bevölkerungen entsprechen die bisher übliche Einführung verschiedenartiger Steuern nicht und dieser Ungehorsam sei es, dem die Regierung (mit dem Nachschlag des Ergänzungsviertels des Behörden) wurde bereits vor Anfang gemacht) so viel als möglich abheben wolle indem sie die Steuern unifikat und damit die Vertheilung und Erhebung derselben erleichtert. Demgemäß überträgt der kaiserliche Trade den Bevölkerungen selbst die Erhebung der Steuern in der Weise, daß sie aus ihrer Mitte Vertrauensmänner wählen, so daß von nun an jedeweile Einmischung der Baptisten bei der Steuererhebung aufhört. Diese Bestimmungen des Trade sind ganz neu und beziehen sich namentlich auf Bosnien und die Herzegowina. Die Birkulardepeche führt im Anschluß daran also fort: "Diese wichtigen und erprobten Maßregeln im Zusammenhange mit dem kaiserlichen Erlass, welcher anordnet, daß das System der Leistungen mit gesetzlichen Bürgerhaften umgeben werde, und daß Frohndienste absolut nicht mehr geleistet werden und Zwangsrequisitionen nicht mehr stattfinden dürfen, liefern den unverzweiglichen Beweis, daß die Porte unter Berufung auf die erhaltenen Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit vor Allem die tatsächliche Verwirklichung dieser Prinzipien anstrebt mit dem Vorbehalt, die Vortheile dieser Maßregel nach Maßgabe ihrer Ausführung zu erweitern. Auf diesen Punkt ist das größte Gewicht zu legen, denn nur überzeugende und greifbare Gründe vermögen unsere Bevölkerung zum Schweigen zu bringen."

Der Theil des Trade, welcher die Eintheilung der Verwaltung des Grundbesitzes von der komplizierten Verwaltung des Erlasses befreit, überträgt diese Funktion in Bulsnit der Generaldirektion der Archive. Dort, heißt es in der Birkulardepeche, wird die verlässlichere Registrierung vielen Verlegenheiten abholen und in einem Gause etwas herstellen, wodurch hörrende prinzipielle Besonderheiten gerade aus diesem Gebiete in Wissfall kämen. Dort aber, wo vergleichende Dokumente bisher gänzlich gemangelt, würde einem schwergeschulten Bedürfnisse abgeholfen werden.

Die Reform der Steuer für Befreiung vom Militärdienst seitens der nichtmuslimischen Untertanen fällt als ein wohltätigtes Aufgebot der bisherigen Gesetzlosigkeit ins Gewicht, der auf jede jene Steuer ohne jede Berücksichtigung von Lebensalter und Tauglichkeit erhoben wurde. Es muß zugleich in die Augen springen, fügt die Birkulardepeche aus, daß in den gleichzeitigen erfolgenden Erleichterungen für den Theil des Volkes, der sein Blut für das Vaterland brachte, sich eine gerechte Reform darstelle, die jeder weiteren Anerkennung entzählen könnte.

Hervorragendste Bedeutung wird in dem Rundschreiben jenem Theile des Reform-Trade zugewiesen, worin, bei anderem Namen genannt, dem Hörligkeitsverhältnis der ländlichen Bevölkerung ein Ende gemacht wird. Obgleich der Reform die Provinz Bosnien und die Herzegowina nicht besonders nahestand gemacht, können doch in hervorragendem Maße nur diese damit gemeint sein, indem grade dort jenes drückende Abhängigkeitsverhältnis noch am ausgebliebenen geblieben ist. Die Note erwartet von dieser Neuerung sehr erprobliche Resultate für die sozialen und ökonomischen Verhältnisse des praktischen Lebens. Derjenige, der bisher wenig besser als ein Leibwirt behandelt wurde, kann nunmehr selbst Grundbesitz erwerben, während er bisher nur an dessen Erträge partizipieren. Es wird ausgeführt, daß, um etwaigen gefährlichen Folgen, die anderwo mit dem Erlass gewissermaßen erzeugt werden, aufzuhören, auf dem Gebiete ihrer Reformen vorzugehen, die Porte sich auf im German slizziken M.-Kreiseln beschränkt habe, wonach die christlichen Bauern die vollständige Befähigung erhalten, ein Stück Erdboden ihr Eigen nennen zu können. Dieser Umschwung werde zweifelsohne in Bulsnit zu der Überzeugung führen, daß die überbaute Bevölkerung rechtliche Gelegenheit finden wird, Strecken Landes, die nur der Kultur bedürfen, um ergiebig zu sein, häufig zu ersteilen. Es bleibt einem bald zu genehmigenden Spezialgesetz vorbehalten, den Eigentumserwerb für solche sämtliche Gelegenheiten zu erleichtern, wo in den ins Auge gefassten Landesteilen ein Grundstück seinen Herrn im Wege gerichtlicher Versteigerung zu wechseln pflege. Die neue Reform mache dergleichen in weit ausgedehnterem Maße möglich. Dabei wäre ein weiteres Ergebnis, daß die jetzigen Grundherren in Folge der Beendigung des Quasi-Bafallenverhältnisses der Bauern sich zur Beschaffung der nötigen Arbeitskraft zu einer freien Überleistung mit ihren Bürgern verpflichten müßten.

Die Birkulardepeche spricht weiter die Überzeugung aus, daß

Eventualitäten, welche bedauerliche Thatsachen im Gefolge haben können, ipso facto vermieden und daß somit das Ziel sicherer und rascher erreicht werden wird. "Die Privilegien, welche den nichtmuslimischen Gemeinschaften zuerkannt wurden", sagt Raschid Pascha, "sind durch den Reform nicht nur aufrecht erhalten, sondern neu bestärkt, indem ihnen bezüglich der Erbauung von Kirchen, Schulen und anderen Anstalten neue Erleichterungen gewährt wurden. Außerdem haben legitime Anordnungen, deren Ausführung chemals von dem Ehergezog abhängig war, unabhängig von diesem volle Gültigkeit und werden auch respektiert werden, in so fern nicht Klagen gegen die Vormünder über gegen die Testamentesexekutoren angebracht würden, in welchem Falle selbstverständlich die Verwaltung intervenieren müsse.

Zum Schluß verspricht der Minister des Außen der hohen Porte, daß diese radikalen Reformen durchgeführt und die fremden Regierungen dieselben zu würdigen wissen werden, und daß endlich die Regierung des Sultans keinen schmäheren Wunsch habe, als daß die ungünstige Bevölkerung der Herzegowina recht bald zum Gehorsam zurückkehren möge, damit sie ehestens in den Genuss der Reformen trete, deren sie durch des Großherrn Gnade theilhaftig werden soll.

## Lokales und Provinzielles.

— Tarotschin, 27. Dezember. [Straßenreinigung.] Wer diese Feiertage unser Städte passierte, mag nicht wenig über die hier herrschende Unreinlichkeit erstaunt gewesen sein. Wenn auch wegen des vor etwa 8 Tagen eingetretenen Thauwetters eine vollauf niedrige Reinigung der Straßen nicht möglich war, so hätte doch der Marktplatz an einem hohen kirchlichen Feiertag nicht einen Dingerüberzug vorwärts die Wagen wie auf Gummirädern fahren müssen. Nur wenige Haushälter fanden sich veranlaßt, einen Terrain zu reinigen. Unsere Stadt liegt am Kreuzungspunkte zweier Bahnen, die nicht wenig fremdes Publikum unserem Städte zusenden, welchen Begriff müssen diese Passanten von Tarotschin erhalten!

C. K. Oboński, 28. Dezember. [Aus der Chronik der Stadt Oboński.] Oboński, polnisch Oboński, an der schiffbaren Warthe, nur 168 Fuß über dem Wasserspiegel der Oase, trägt seinen Namen entweder von obora (Biebhof), aber auch Castell, Burg, oder von o (im, nahe, bei) und bor (Wald). Beide Annahmen haben viel für sich, da der Ort ursprünglich wohl eine Burg gewesen, später mit einer Ringmauer umgeben worden, anderthalb auch wieder mitten im Walde gelegen war. Die Zeit seiner Gründung läßt sich mit Sicherheit nicht angeben, da der Ort 3 mal durch Feuer gänzlich zerstört und hierbei auch Urkunden, Chroniken u. s. w. vernichtet wurden. Der erste dieser großen Brände soll zu Ende des 15. Jahrhunderts erfolgt sein, der 3. fand im Jahre 1814 statt. — Es schafft ein sehr alter Ort, und gehörte im 15. Jahrhundert zu den bedeutendsten Städten dieser Gegend, da er schon im Jahre 1458 fünfzehn Krieger zu stellen hatte, für die damalige Zeit ein starkes Kontingent. Die Stadt besaß zu dieser Zeit, schon wie Posen das magdeburger Recht und hatte in Posen seinen Oberhof. — Im Jahre 1312, als sie unter dem glogauer Herzoge stand, war sie schon Mittelpunkt eines Kreises. Im Februar 1383 lagerte sich im Ort bei den inneren Kampfen Domänen Heer. Beim Jahre darauf wird ein Edler Skora de Gay Gregorius Oboński genannt, unter dessen Herrschaft wahrscheinlich die Stadt sich befand. Gegen 1480 befanden die Brüder Alexander und Andreas de Gay die Stadt als Lehn. Diese übten allerlei Willkür, zwangen die Einwohner ihren Bierbedarf aus der herzöglischen Höchsen Brauerei zu bolen, führten neue Abgaben (Eingangszölle) von Fleisch und Honig ein, u. s. w. Um diese Zeit fand der erste große Brand statt. König Kazimir von Polen bestätigte i. J. 1485 auf Grund einer im Archiv der Bete Posen aufgefundenen Abschrift eines oboński Freibriefes v. J. 1422 der Stadt ihre rechtliche Stellung. Er gewährte auch viele andere Vorrechte, damit die Stadt von ihrem Unglück sich rascher erholte. So durften die Einwohner in der damals freie fischerei Warthe frei fischen, ihren sämtlichen Holzbedarf zu Bau- und Brenzwecken aus der Waldung entnehmen, ein Privilegium, welches erst im Jahre 1871 von lgl. preuß. Forstamt für ein Kapital von 42.000 Thlr. abgewonnen wurde. — Da die Unterhaltung der Wallbrücke der Stadt oblag, so wurde für das Bassiren dieser ein Stoffzoll erhoben. — Ein Franziskanerorden ließ sich nieder, deren Mitglieder jedoch nicht sehr in Frieden und Eintracht mit dem Rathe der Stadt und der Einwohnerhafe zu leben schienen, da verschiedene große Turbulenzen gegen das Kloster und dessen Inhaben verübt wurden. So ist von einem großen dritten Turm im Jahre 1628 die Rote, bei welchem der Prior mit sämtlichen Mönchen in der Warthe erfaßt werden sollte. Hierbei sollen sich 2 Mönche, die auf der Flucht sich in benachbarten Gebäuden versteckt, und von Verfolgern hart bedrängt wurden, erhängt haben. — Die Stadt erholte sich später bald wieder, baute Mauern und war durch eine an ihr befindliche Burg geschützt. Letztere wurde im ersten Schwellenjahr zerstört. 1656 plünderten die Schweden die Stadt und stürzten etliche Häuser an. In späterer Zeit wurde Oboński dem General Wenzlowski in Pacht gegeben. Zu Ende des vorigen Jahrhunderts hatte Oboński nur ungefähr 800 Einwohner darunter ein Drittel Juden. Unter dieser geringen Bevölkerung befanden sich 14 Brandwirten, jenseits einer Ausbuchtung des Solsprivilegiums in l. Forsten. 1816 zählte Oboński 1003, 1837: 1499, 1843: 1685, 1858: 1796, 1861: 2007, 1871: 2281 und jetzt bei der letzten Volkszählung 2416 Einwohner. — In den Jahren von 1848 schlug sich Oboński auf deutsche Seite. Die Eisläruna, welche die Einwohner erliegen, lautete: "Wir wollen nicht der Polen preisgegeben sein, wir sind fast ebenso stark als die Polen, wir haben ein Recht dazu, daß wir unter preußischem Schutz bleiben". Am 3. Mai kam ein Insurgentenhaus nach Oboński und machte den Besuch, die Deutschen zu entwaffnen und die Behörden abzufeuern. Der damalige Landrat von Reichmeister trat dem energisch entgegen und das Enttreffen einer Notheilung preuß. Militärs machte diesem Vorhaben ein Ende.

## Die landwirtschaftliche Bevölkerung der Provinz Posen.

Auf Veranlassung des Ministeriums für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist vom königlichen statistischen Bureau in Berlin eine Übersicht über die landwirtschaftliche Bevölkerung des preußischen Staates nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1871 als Schlußarbeit derselben veröffentlicht worden. Dieselben besteht lediglich die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und die Fischerei mit Einschluß der gewöhnlich dazu gerechneten Erwerbszweige, wie Weinbau, Jagd u. dgl.; es sind also weder die ganz kleinen Ackerbürger noch die bestiglohen Tagelöhner hier berücksichtigt worden.

Wir entnehmen dieser Übersicht nachstehende auf die Provinz Posen bezügliche Angaben: Es betrieben

I. Landwirtschaft und Viehzucht, Weinbau und Gärtnerei (auschließlich Kunst- und Handelsgärtner)	





<tbl\_r cells="2" ix="5" maxcspan="1"

a. ausschließlich Landw. treiben	85,705	männl.	50,210	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	321	-	72	-	
c. als Nebengeschäft	182	-	7	-	
<b>II. Forstwirtschaft und Jagd</b>					
A. Unternehmer, welche					
a. ausschließlich Forstwirtschaft treiben	4	männl.	-	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	-	-	-	-	
c. als Nebengeschäft	5	-	-	-	
B. Angestellte, d. h. Forst- und Jagdbeamte aller Art, einschließlich der Königlichen und Korporationsbeamten, welche					
a. ausschließlich Forstw. treiben	1417	männl.	-	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	20	-	-	-	
c. als Nebengeschäft	11	-	-	-	
C. Gehilfen (Forstleben, Forstarbeiter, Jäger), welche					
a. ausschließlich Forstw. treiben	857	männl.	2	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	9	-	-	-	
c. als Nebengeschäft	77	-	-	-	
<b>III. Fischerei (Fischzucht, Fischfang)</b>					
A. Unternehmer, welche					
a. ausschließlich Fischerei treiben	323	männl.	4	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	44	-	-	-	
c. als Nebengeschäft	55	-	-	-	
B. Angestellte, welche					
a. ausschließlich Fischerei treiben	6	-	-	-	
b. und c. vacat	-	-	-	-	
C. Gehilfen, welche					
a. ausschließlich Fischerei treiben	169	männl.	9	weibl.	Perf.
b. hauptsächlich	-	-	1	-	
c. als Nebengeschäft	7	-	-	-	
Demnach sind in Summa:					
Unternehmer in alleiniger und hauptsächlicher Beschäftigung mit den Berufszweigen I. - III.	62,254	männl.	3,223	weibl.	Perf.
Angestellte desselben	4,270	-	1,352	-	
Gehilfen desselben	87,061	-	50,234	-	
Angestellte dieser Personen	135,940	-	228,870	-	
Als Nebengewerbe zu betreiben					
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	2,289	-	43	-	
Die Provinz Posen zählte im Ganzen im Jahre 1871: 1583,843 Seelen, von denen 428,821 oder 27 p.C. in Städten, 1,155,022 oder 73 p.C. auf dem Lande leben.					
Die Zahl derer, welche Landwirtschaft und Viehzucht, Weinbau und Gärtnerei, Forstwirtschaft und Fischerei in alleiniger und hauptsächlicher Beschäftigung betreiben, beträgt demnach insl. ihrer Angehörigen und zwar männliche und weibliche Personen zusammengetragen 573,367 Seelen, oder 36,2 p.C. der Gesamt-Bevölkerung der Provinz, und 49,6 p.C. der auf dem Lande lebenden Bevölkerung.					
Diese Verhältniszahlen sind außerordentlich günstig für die Landwirtschaft Posen's, da sie für ganz Preußen berechnet sich nur auf 24,4 p.C. für die Gesamt- und auf 43,5 p.C. für die auf dem Lande lebenden Bevölkerung fallen.					
In den beiden Reg.-Bezirken Posen und Bromberg stellen sich diese Verhältniszahlen sehr verschieden, denn es beträgt die Zahl der Selbstständigen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei im Reg.-Bezirk Posen 36,9 p.C. der Gesamt- und 51,4 p.C. der ländlichen Bevölkerung					
im Reg.-Bezirk Bromberg 35,2 p.C. der Gesamt- und 47,0 p.C. der ländlichen Bevölkerung					
Betrachten wir noch die Anzahl der Selbstständigen der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf ihre Angehörigen und in Bezug auf die landwirtschaftlich nutzbare Fläche der Provinz, mit Auschluß des Forstes, so stellt sich heraus, daß pro Kopf Unternehmer 46,2 Hektaren, Angestellte 78,8 Gehilfen 23,4 entfallen.					
Die bestehenden Haushaltungen dieser drei Berufszweige waren am 10. Januar 1873 in der Provinz Posen vorhanden, und zwar mit Landwirtschaftsbetrieb 45,611, ohne folchen 14,050.					

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* **Bildwerke.** Die letzten Jahre haben uns mit einer Fülle von Bräckwerken beschickt, wie sie vorher, in Deutschland wenigstens, Jahrhundert nicht hervorgebracht haben. Illustrationen zu klassischen und nicht klassischen Dichtungen von Homer bis zu Fritz Reuter, Familiengeschichten, Vervielfältigungen berühmter Aquarelle, Veröffentlichungen großer Kunstsammlungen, Reisebeschreibungen mit Abbildungen der Länder und Völker, Bilder von allen Enden der Welt sind im Verlaufe weniger Jahre erschienen, und alle Mittel der Darstellung, Stahlstich und Kupferstich, Holzschnitt, Steindruck, Buntdruck und photographischer Druck der verschiedensten Art kamen zur Anwendung, in einer Massenhaftigkeit, von der frühere Perioden kaum eine Vorstellung hätten. Wenn heute nicht selbige die Wohnung des Handwerkers und Bauern ein illustriertes Bräckwerk oder einige geschmackvolle Wandbilder enthält, so ist daran nur der Mangel an Bildung Schuld. Denn der Preis ist durch die erweiterte Produktion sehr gering geworden. — Die Erweiterung der künstlerischen Ausdrucks-mittel ist eine Errungenschaft der Naturwissenschaft und der modernen Technik. Während man sich im Anfang dieses Jahrhunderts mit recht dürftigen Kupferstichen beholf, welche durch noch fahrläufige Stahlstiche abgelöst wurden, hat sich in den dreißiger Jahren der Holzschnitt neu belebt und der Steindruck kam als ganz neue Erfindung hinzu. Als sich die Photographie hinzugesellte, schien es, als ob alle anderen Vervielfältigungsweisen, besonders für Stadt und Land, abscherten mühten. Aber das Gegenteil trat ein. Nachdem sich die Photographie im Sturmschritt alles Materials im weitesten Umkreise der bewohnten und unbewohnten Erde bemächtigt und im Stereoskopbild das Unerhörte von Naturtreue geschaffen hatte, fing das Buchstum an, des gebotenen Rohmaterials überdrüssig zu werden und, sobald einmal das Bedürfnis der Neugierde gestillt war, mit um so größerem Ernst künstlerische Darstellungen zu fordern. Dieser Neigung kamen die Banddrucke von Hildebrandt-Aquarellen, von Werner's Nibelungen und eine Anzahl illustrierter Reisebeschreibungen entgegen. Eine der neuesten Editionen dieser Art, wovon zunächst erst zwei Hefte vorliegen, ist ein Bräckwerk, welches in Friedr. Bruckmann's Verlag (München und Berlin) erscheint: „Die Schweiz“ von Dr. Gsell-Helg, mit Bildern und Zeichnungen von A. Bachelin, J. Palmer, J. Bocion, G. Clos, E. T. Cowplon, O. Fröhlicher u. a. Der Prosateil und die ersten Lieferungen deuten auf ein vielversprechendes Werk hin, auf das wir, wenn es weiter fortschreitet, näher eingehen werden.

### Staats- und Volkswirtschaft.

** Wien, 29. Dezember. Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.*)					
Notenumlauf . . . . .	287,993,520	Abnahme	2,871,670	Fl.	
Metallschatz . . . . .	134,604,473	Abnahme	1,504,279	=	
In Metall zahlbare Wechsel . . . . .	11,046,516	Bunahme	20,494	=	
Staatsnoten, welche der Bank gehören . . . . .	3,237,970	Abnahme	934,992	=	
Debit . . . . .	118,539,133	Bunahme	1,524,372	=	
Wd. . . . .	32,008,200	Bunahme	407,200	=	
lose und börslich angezeigte Pfandbriefe . . . . .	5,144,866	Bunahme	279,400	=	

Ab- und Bunahme gegen den Stand vom 22. Dezember.

Wien, 29. Dezbr. Die Einnahmen der franz.-öster. Staatsbahnen am 21. und 25. Dezember 235,907 Fl.

\*\* Wien, 29. Dezember. Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahn (öster. Reg.) betragen in der Woche vom 17. bis zum 23. Dezember 621,215 Fl., ergaben mitbin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 148,005 Fl.

\*\* Wien, 28. Dezember. Der Verwaltungsrath der ungarischen Eisenbahn hat, wie die „Praxis“ meldet, beschlossen, auf den 31. Januar 1873 eine Generalversammlung einzuberufen, auf welcher die von der Regierung gemachten Vorschläge berathen werden sollen und eventuell über die Liquidation und den Verkauf der Bahn an den Staat Bescheid gesetzt werden wird. Der ungarische Finanzminister d. Szell, welcher sich zur Zeit nicht in Pest befindet, hat, demselben Blatte folge, dem Verwaltungsrath der Eisenbahn telegraphisch die Mitteilung zugeben lassen, daß er nach seiner Rückkehr definitive Anträge über den mit den Aktionären der Bahn zu treffenden Ausgleich stellen werde.

### Vermischtes.

\* Zur Explosion in Bremerhaven. Wie erinnerlich, hatte Thomas ausgejagt, daß er das Modell zu seinem todbringenden Werk habe in Wien anfertigen lassen. Daß wiener Central Sicherheitsbüro erlieg deshalb an diejenigen, welche hierüber Auskunft erhalten können, die Aufforderung, mit ihrer Aussage nicht zurückzuhalten. Thatsache sei, daß Thomas im Sommer des Jahres 1874 in Wien geweilt. Die Aufforderung ist denn auch schon von Erfolg gewesen, wie folgende Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ aus Wien, 27. Dezember, ergibt: „Der Künstler, welcher das Modell zu dem Uhrwerk in Wien verfertigte, ist gefunden, es ist der Uhrmacher Ignaz Kind, Neubau, Siebensterngasse Nr. 56. Die Kundmachung der Polizeidirektion bewog Herrn Kind, heute sich zur Beförderung zu begeben und derselben Alles mitzutheilen, was ihm über den Besteller des Werkes und dieses selbst bekannt war. Herr Kind machte folgende Angaben: Im April 1874 erschien bei ihm ein Fremder, der sich als Petroi Wisskoff, russischer Fabrikant, vorstellte und ihn (Kind) fragt, ob er der russischen oder französischen Sprache mächtig sei. Auf dessen verneinende Antwort erklärte er in sehr gebrochenem schlechtem Deutsch, er sei durch die von Kind im Museum aufgestellte, für den Grafen Brenner verfertigte Uhr auf ihn aufmerksam gemacht worden und glaube in ihm den Mann gefunden zu haben, den er zur Fertigung eines Werkes benötige. Er brachte nämlich ein Lautwerk, so groß wie dieses Ding da (hierbei wies er auf einen Spucknapf), etwa acht Quadratzzoll im Ausmaße, 4 Zoll hoch und mit ½ Zoll dicke messingene Platten. Das Lautwerk müsse mittels Windfang 12-14 Tage laufen, und zwar ohne „Pul-Pul“, das heißt ohne Gewicht zu machen. Auf die Frage Kind's, wožu das Werk dienen sollte, gab der Fremde ausweichende Antworten; schließlich erklärte er, daß er es bei dem Betriebe seiner Fabriken benötige. Er habe in Russland eine große Fabrik besessen, welche in Folge eines ausgebrochenen Streites der Arbeiter von denselben angegriffen wurde und total verbrannt sei. Ferner behauptete er, auch in Bodenbach eine Fabrik zu besitzen; überhaupt werde er später noch mehrere hundert Lautwerke bestellen; einstweilen möge zur Probe nur ein Werk geliefert werden. Das Werk selbst müsse er binnen einigen Tagen haben. Schließlich erklärte er sich bereit, auch etwas länger warten zu wollen und soll ihm dasselbe mittels Nachnahme poste restante nach Bodenbach unter der Adresse „Petroi Wisskoff“ nachgeschickt werden. Herr Kind schickte das Werk Anfangs Mai nach Bodenbach, wo dasselbe aber sechs Wochen lang unbekohnt blieb, so daß ihm schon um sein Geld bange wurde. Endlich wurde es aber doch behoben und der Betrag von 250 Gulden nach Wien geschielt. Die in Aussicht gestellten weiteren Bestellungen blieben jedoch aus. Nach der Meinung Herrn Kind's dürfte das von ihm gelieferte Werk dem Besteller theils zu groß, theils aber auch dessen Feder etwas zu schwach erschien sein, so daß er das Werk in Bernburg durch den Uhrmacher Juchts ändern und verbessern ließ. Herr Kind selbst hatte den Auftraggeber, sowie das gelieferte Werk schon längst vergessen, bis ihm daselben durch die Kundmachung der Polizei-Direktion ins Gedächtnis gerufen wurden. Und da hat er denn auch allso leicht die Ameise gemacht. Obwohl nun die Thatsache, daß das Modell des Uhrwerkes in Wien verfertigt wurde, vollkommen feststeht, so wird dieses Modell doch im Laufe der nächsten Tage beabsichtigt durch Herrn Kind nach Wien gebracht werden. Mit der Ausführung des Modells hatte Kind seinen Altgesellen Karl Glückschalt betraut.“

\* Majunka. Aus Breslau wird berichtet. Der Reichstag abgeordnete Majunka, welcher sich einige Tage bei seinen Eltern in Schmagau aufgehalten hatte, traf am Sonntag von daher zum Besuch seiner Brüder auf einige Stunden hier selbst ein und stieg im Hotel zum „König von Ungarn“ auf der Bischofsstraße ab. Sein Er scheinen in den Restaurantsräumen machte natürlich ungewöhnliches Aufsehen, weshalb Herr Majunka es vorzog, sich wieder auf sein Zimmer zurückzuziehen. Gestern (27.) ist dieselbe nach Wien weitergereist.

\* Falschmünzerie. Eine Platte, die augenscheinlich zum Aufstellen falscher 10 Pfennigstücke benutzt werden sollte, ist am Freitag in einem Restaurant zu Schöneberg gefunden worden. Die Platte, anscheinend von dünnem Golde, zeigt in sauberer Prägung den Kopf des Kaisers mit der entsprechenden Umschrift und ist vor der echten völlig gleich.

Berantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion seine Berantwortung

### Telegraphische Nachrichten.

Paris, 29. Dezember. Der Prinz von Joinville hat ebenfalls jede Kandidatur für eine Stelle im Senat oder in der Deputirtenkammer abgelehnt. — Nach einem hier eingegangenen Telegramm aus Madrid wird heute die Veröffentlichung des Dekrets erwartet, durch welches die Wähler für die Cortes auf den 20. Januar k. z. und die Cortes selbst auf den 15. Februar künftigen Jahres zusammenzurufen werden.

Toulon, 28. Dezember. Das Kriegsgericht, welches wegen Verbündung des Panzerschiffs „Magenta“ durch das auf demselben ausgebrachte Feuer zusammengetreten war, hat den Kommandanten des Schiffes, Galibert, von jeder Verschuldung einstimmig freigesprochen.

London, 28. Dezember. Bei der gestern fortgesetzten Untersuchung des Handelsamtes über den Untergang des Dampfers „Deutschland“ lehnte der Vertreter des norddeutschen Lloyd, Cohen, ein Kreuzverhör der Zeugen bezüglich der angeblichen Plünderung des Dampfers ab, indem er erklärte, er habe keinerlei Grund anzunehmen, daß eine Plünderung des Schiffes oder sogar der Leichen stattgefunden habe. Eben so wenig habe er auch im Namen des Lloyd behauptet, daß der Schleppdampfer „Liverpool“ hätte in See stechen können; er freue sich vielmehr, daß die Aussagen der Zeugen den Beweis liefern, daß Alles geschehen sei, was geschehen konnte. — Der Direktor des norddeutschen Lloyd, Harmsheimer, stellte dem Kapitän Brückenstein das vorjährliche Zeugnis über seine Geschicklichkeit und Aufrechterhaltung der Disziplin aus und fügte hinzu, derselbe habe laut Ausweis des Log unter schwierigen Verhältnissen verschiedene Male erfolgreich navigiert.

### Telegraphische Börsenberichte.

Danzig, 29. Dezember. Getreide-Börse. Weitere: ziemlich ernstlicher Frost bei klarer Luft. — Wind: O.

Weizen loco wollte man bei flauer Stimmung am heutigen Marte billiger kaufen und in solches ungeachtet schwächer Befuhr

auch in mehreren Fällen gelungen. 120 Tonnen wurden gebandelt und ist bezahlt für Sommer: 125 Pf. — M. 127 Pf. — M. glasig grau 124 Pf. 195 M. glasig 128/9, 130 Pf. 200, 201 M. gebünd 129 Pf. 203 M. 130 Pf. 204, 206 M. fein weiß 127-28 Pf. 207 M. 132 Pf. 213 M. blauspitz 127 Pf. 181 M. per Tonne. Termine matt. Januar Februar — M. Br. — M. Od. April-Mai 210 M. bez. u. Br. Realisierungspreis 198 M. Gefündigt wurden 210 Tonnen.

Rogggen loco unverändert bei kleiner Befuhr, 124/5 Pf. — M. 125/6 Pf. — M. per Tonne bezahlt. Termine rubig, April-Mai 151 M. Br. Realisierungspreis 150 M. — Gerste loco grobe 114-115 Pf. mit 160 M. per Tonne bezahlt. — Gerste loco Mittel — M. pr. Tonne. — Weizen loco — M. — Hafer loco — M. — Dörrer loco — M. bezahlt. — Spiritus loco wurde zu 43,75 M. verkauft.

Wreslau, 29. Dezember, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 % pr. Debr. Januar 40, 50, pr. April-Mai 44, 90, pr. Mai-Juni 45, 60. Weizen pr. Dezember 191, 00. Roggen pr. Dezember 148, 50, pr. Dezember-Januar 148, 00, pr. April-Mai 153, 00. Rüböl pr. Dezember 68, 00, pr. Dezember-Januar 65, 00, pr. April-Mai 67, 00. Rüböl höher.

Köln, 29. Dezember, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen matter, hiesiger loco 20, 25, zweiter loco 20, 75 pr. März 20,

Breslau, 29. Dezember, Nachmittags.

Schwankend.

Kreisburger 83, 75 do. junge — Oberösterreich 148, 50. N. Oberösterreich 105, 50. do. do. Prioritäten 108, 25. Frankfurter 531, 00 Lombarden 199, 00. Silberrente 65, 25 Nummerier 26, 75. Breslauer Kreditaktien 67, 00 do. Wechslerbank 64, 90 Schles. Bank 85, 50. Kreditaktien 341, 00 Laurahütte 67, 75. Oberösterreich Eisenbahnbet. Österreich. Bank 178, 75 Russ. Banknoten 265, 00 Schles. Bank 89, 50. Österreichische Bank — Breslauer Prov. Wechslerb. — Et. mta 85 25. Schlesische Centralbahn —. Bresl. Delf. —.

### Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 29. Dezember, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Spekulationswerthe schließlich fest.

[Schlusskurse.] Londoner Wechsel 203, 05. Pariser Wechsel 80, 82. Wieso. Wechsel 177, 80. Franzosen\* 265, 50. Böh. Westf. 169, 50. Lombard. 99. Galizier 179, 50. Eisenbahnbank 147. Nordwestbahn 126. Kreditaktien\* 163, 50. Russ. Bodenr. 86, 50. Russen 1872 99. Silberrente 65, 50. Papierrente 61, 50. 1860er Loos 114, 50. 1864er Loos —. Amerikaner der 1883 —. Deutsch-Österreich. 85, 50. Berliner Banknoten 70, 50. Frankfurter Banknoten —. do. Wechslerbank 75, 50. Banknoten 801, 50. Meininger Bank 83, 50. Habs. Eisenbahnbank —. Darmstädter Bank 119. Hess. Ludwigsb. 98. Oberhessen 72, 50.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 170, Franzosen 265, 50. Lombarden 98, 50.

\* per medio resp. per ultimo.

Berlin, 29. Dezember. Trotzdem der gestrige Verkehr nach den anfänglichen Herabsetzungen auch noch schwach geschlossen hatte, konnte doch die heutige Eröffnung im Ganzen fast genannt werden. Freilich hatten die auswärtigen Meldungen auch nicht gerade günstig gelautet; aber es lagen doch andererseits keine beunruhigenden Momente vor. Dazu kam, daß die Hauffpartei Anstrengungen machte, um hohe Liquidationscourses zu erzielen. Das Declinationbedürfniß ist allerdings so ziemlich erschöpft und eben noch Waare übrig; doch macht man trotz des lebhaften Geldstandes und den immer mehr hervoerenden Reports für Kreditaktien Anfangs 24 Pf., später ebensoviel Leihgeld (gezahlt!) alle möglichen Versüche, um den Courstand aufrecht zu erhalten. Das gelang auch heute im Ganzen, wenngleich der Verkehr

Bonds- u. Aktien-Börse. Vom 31. 12. 100, 5 99, 75 bz G

Berlin, den 29. Dezember 1875. Preußische Bonds und Geld-Course.

Gonsol. Anleihe 4, 5 105, 25 bz. Staats-Anleihe 4, 5 99, 25 bz. Staats-Schuld. 3, 5 91, 10 bz. Kur. u. Nun. Sch. 3, 5. Ob. Reichs-Obl. 4, 5. Berl. Stadt-Obl. 4, 5 101, 20 bz. do. do. 3, 5 91, 00 G. Köln. Stadt-Antl. 4, 5 99, 00 bz. Rheinprovinz do. 4, 5 102, 00 B. Schles. d. B. Kfm. 5 100, 50 B. Pfandbriefe:

Berliner 4, 5 101, 60 bz G

do. 5 105, 90 B

Bandsch. Central 4, 5 93, 00 bz

Kur. u. Neumärk. 3, 5 86, 00 G

do. neue 3, 5 83, 75 bz

do. 4, 5 93, 75 bz B

do. neue 4, 5 102, 50 B

Pr. Brandbg. Cred. 4, 5 93, 75 bz B

Ostpreußische 3, 5 84, 70 B

do. 4, 5 94, 25 G

do. 4, 5 101, 00 bz

Pommersche 3, 5 83, 50 G

do. 4, 5 93, 40 bz B

do. 4, 5 101, 80 G

Posenche, neue 4, 5 93, 25 bz G

Sächsische 4, 5 84, 75 G

do. alte A. u. C. 4, 5 100, 50 G

do. A. u. C. 4, 5 100, 50 G

Westpr. ritterlich. 3, 5 83, 25 G

do. 4, 5 93, 00 bz

do. 4, 5 100, 40 bz

do. II. Serie 5 105, 10 bz

do. neue 4, 5 96, 25 bz

do. 4, 5 100, 25 G

Rentenbriefe:

Kur. u. Neumärk. 4, 5 96, 20 bz

Pommersche 4, 5 95, 70 bz

Posensche 4, 5 96, 00 B

Preußische 4, 5 95, 70 bz

Klein. u. Westfäl. 4, 5 97, 50 bz G

Sächsische 4, 5 97, 70 bz B

Schlesische 4, 5 96, 00 bz B

Souvereigns 20, 28 B

Napoleondör. 16, 15 bz B

do. 500 Gr. Dollars 16, 65 G

Imperials 13, 92 G

Kremde. Banknot. 99, 35 bz

do. einl. ob. Leipzig. 99, 90 bz

Franzöf. Banknot. 81, 00 bz

Deffter. Banknot. 178, 10 bz

do. Silbergulden 186, 00 bz B

do. ½ Stufe 186, 00 B

Russ. Noten 264, 80 bz

### Ausländische Bonds.

Amerik. rifz. 1881/6 103, 10 bz

do. do. 1885/6 98, 20 bz

do. do. 1885/6 99, 75 bz

Norweg. Antl. 4, 5 98, 70 bz G

New-Yrk. Sid.-M. 7 101, 60 G

do. Goldanl. 6 98, 70 bz G

New Jersey 7 92, 00 G

Dest. Pap. Rente 4, 5 61, 70 bz

do. Silb. Rente 4, 5 65, 25 bz

do. 250 fl. 1854 103, 90 bz

do. Cr. 100 fl. 1858 — 349, 50 bz B

do. Zott. A. v. 1860 5 114, 50 bz

do. v. 1864 — 295, 00 bz B

do. do. 1864 — 295, 00 bz B

Ung. St.-Gibb.-A. 5 75, 00 bz B

do. do. 167, 50 bz

do. Schatzsch. 1, 6 94, 50 G

do. do. kleine 6 94, 50 G

do. do. II. 6 93, 20 bz

do. do. Tabak-Obl. 6 100, 00 bz G

do. do. Actien 6 497, 00 G

Rumänier 8 105, 50 bz

Russ. Nicol. Obl. 4

do. Centr. Bod. 5 91, 00 bz G

do. Engl. A. 1822/5 101, 00 G

do. do. A. v. 1862/5 98, 90 bz

Russ. Engll. Antl. 3

Russ. fund. A. 1870/5 103, 00 B

Russ. conf. A. 1871/5 98, 60 bz

do. do. 1872/5 99, 10 bz

do. Bod. Credit 5 85, 50 bz

do. Pr. A. v. 1864/5 19, 00 bz

do. do. v. 1866/5 184, 75 bz

do. 5. A. Siegl. 5 82, 25 bz

do. 6. do. do. 97, 50 G

do. Pol. Sch. O. 4 87, 00 B

do. do. kleine 4 83, 40 bz

Poln. Pfdb. III. G. 4

do. do. 5 77, 40 bz

do. Liquidat. 4 68, 20 bz

do. do. v. 1863/5 20, 80 bz

do. do. v. 1869/6 20, 80 bz

do. do. do. 46, 50 bz B

\* Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 £. 169, 00 bz

do. 100 fl. 1 M. 168, 10 bz

London 1 £fr. 8 £. 20, 32 bz

do. do. 3 M. 20, 17 bz

Paris 100 fr. 8 £. 80, 90 bz

Blg. Ekpl. 100 fl. 8 £. 80, 80 bz

do. do. 100 fl. 2 M. 80, 40 bz

Wien östl. Währ. 8 £. 177, 90 bz

Wien östl. Währ. 2 M. 176, 60 bz

Petersb. 100 fl. 3 M. 263, 50 bz

do. 100 Rub. 3 M. 261, 90 bz

Warschau 100 fl. 8 £. 263, 80 bz

\* Zinsfuß der Preuß. Bank für

Wechsel 5, für Lombard. 6 pct;

Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen 5,

Brüssel 3 ½, Frankfurt a. M. 5, Ham-

burg 5, Leipzig 5, London 3, Paris 4,

do. Pr. Pfdr. 4 100, 50 bz

Oldenburg. 100 fl. 3 ½ 135, 10 bz

do. do. 4, 5 94, 25 bz

do. do. 5 100, 75 bz

do. do. 4, 5 95, 75 bz

do. Hyp. Pfdr. 5 100, 00 G

do. Hyp. Pfdr. 5 100, 50 bz

Pomm. H. B. 120, 5 103, 50 bz

do. II. IV. r. 110, 5 100, 75 bz

Breslauer Disc.-Bk. 4 67, 25 bz G

Amsterd. 100 fl. 3 ½ 129, 30 B

Hess. Pr. Pfdr. a 40 th. 257, 00 bz G

Bad. Pr. A. 67, 4 19, 75 bz G

do. 35fl. Obligat. 141, 90 bz

Bair. Präm